

(Beifall von der LINKEN)

Daher muss auch für die Automobilbranche von Konversion die Rede sein – aber nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg. Es sind vielmehr die Belegschaftsmitglieder selber, die gefragt werden müssen und in ihrer Arbeitszeit beraten sollen, was sie im Sinne der ökologischen Verantwortung und der gesellschaftlichen Bedürfnisse produzieren wollen und können. Die Verantwortung der Politik ist, ihnen dabei zu helfen.

Die FDP will, dass in Zukunft Großunternehmen nicht besser behandelt werden als mittelständische Unternehmen. Nun gut. Wir wollen mehr! Wir wollen, dass Menschen nicht schlechter behandelt werden als Unternehmen. Das bedeutet zum Beispiel, dass Großkonzerne nicht das Recht zum Arbeitsplatzabbau haben dürfen. Wenn sie es unter diesen Bedingungen nicht schaffen, Gewinne zu erwirtschaften, dann gehört der betreffende Konzern in die öffentliche Hand. Das wäre jedenfalls ein Ansatz gemeinschaftlicher Lösungen immer dann, wenn die Privatwirtschaft beim Erhalt der Arbeitsplätze und des Lebensstandards der Beschäftigten versagt.

Die Linke sagt: In aller erster Linie gehört den Beschäftigten von Opel unsere Solidarität und nicht dem Konzern. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Aggelidis. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/20** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung des Ältestenrates folgen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte dem nicht folgen? Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung vorgenommen worden.

Ich rufe auf:

## 2 Beste Bildung für die Jüngsten

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/22

Entschließungsantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/51

Änderungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/52

Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Abgeordnete Altenkamp.

**Britta Altenkamp (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses sogenannte Kinderbildungsgesetz hat uns in der letzten Legislaturperiode wahrlich intensiv beschäftigt. Das ist ganz sicher eines der Gesetzgebungsverfahren, an denen sich am deutlichsten machen lässt, wie die schwarz-gelbe Regierung mit ihrer Gesetzgebung umgegangen ist.

Wir, Rot-Grün, wollen mit unserem Antrag Betroffene zu Beteiligten machen. Das ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

(Beifall von der SPD)

Denn ein ganz entscheidender Fehler des sogenannten Kinderbildungsgesetzes ist gewesen, dass es über die Köpfe von Eltern, von Kindern und von Erzieherinnen hinweg ohne Übergangsphase in den Stil gestoßen worden ist – mit allen Schwierigkeiten, die es dann gebracht hat. Die Menschen haben sozusagen beim Umsetzen feststellen müssen, wie eklatant die Schwächen dieses Gesetzes sind.

Wir haben im Wahlkampf immer wieder gesagt: Das sogenannte Kinderbildungsgesetz ist der missratene Versuch, mehr Kinder mit weniger Geld und weniger Personal zu betreuen.

Wir versuchen nun mit unserem Antrag und dem angelegten Dialogverfahren, unter Einbeziehung der Betroffenen die schlimmsten Schwierigkeiten ein Stück an den Tag zu bringen. Wir versuchen gleichzeitig, schon einige Dinge zu heilen.

Wir werden das Finanzierungssystem evaluieren. Ja, das muss evaluiert werden, uns zwar sehr schnell. Denn es hat sich herausgestellt, dass das Gesetz insgesamt unterfinanziert ist und dass die Pauschalen – fußend auf einem Tarifsystem von 2005 – in der Zwischenzeit weder ausreichen noch in irgendeiner Form auch in Zukunft durch eine 1,5%ige Steigerung ausreichen werden.

Der Betreuungsschlüssel und die Erzieherinnen-Kind-Relation sind in Nordrhein-Westfalen so mies wie in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus – das muss man einfach sagen – ist die Situation verglichen mit der Erzieherinnen-Kind-Relation in anderen Ländern Europas wirklich beschämend. Deshalb muss sich an dieser Stelle deutlich etwas ändern.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Die Elternbeiträge sind ein Kapitel, über das wir hier lange und vielfach gestritten haben. Denn diese alte schwarz-gelbe Landesregierung hat zunächst einmal den Elternbeitragsdefizitausgleich gestrichen und dann mit der Beitragsstaffelung – so wie Sie sie im Gesetz vorgeschlagen haben – mit den Stundenkontingenten dazu beigetragen, dass für Kinder von einkommensschwachen Familien in den ärmeren

Kommunen tatsächlich die höchsten Beiträge fällig werden.

Das, meine Damen und Herren, muss dringend geändert werden. Denn es kann nicht sein, dass der Geldbeutel der Eltern und der Geldbeutel der Kommunen über die Bildungschancen von Kindern in Nordrhein-Westfalen entscheiden.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Über das Sprachstandsfeststellungsverfahren und die Wirksamkeit der Sprachförderung kann man trefflich streiten. Es bleibt fraglich, ob das gewählte Verfahren Delfin 4 tatsächlich dazu geeignet ist, den Sprachstand von Vierjährigen festzustellen. Eines scheint sicher zu sein: Es stellt jedenfalls fest, wie die Tagesform eines vierjährigen Kindes ist. Darüber hinaus gibt es aber kaum Aufschluss darüber, ob das Kind tatsächlich Sprachförderung braucht oder nicht.

Wenn man dann bedenkt, wie das Verhältnis des Sprachstandsfeststellungsverfahrens und der Finanzierung dieses sehr aufwendigen Verfahrens einerseits aussieht und wie viel Geld am anderen Ende dann für tatsächliche Sprachförderung ausgegeben wird, dann erkennen wir dort ein deutliches Missverhältnis.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Meine Damen und Herren, das, worum sich diese Landesregierung mit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz ja nicht ganz ungeschickt herumgedrückt hat, ist darum, im Land Steuerungsverantwortung zu übernehmen.

Deshalb ist die Frage, welche Bedarfe in sozialen Brennpunkten und bei eingruppigen Einrichtungen entstehen, eine von ganz entscheidender Bedeutung. Denn die örtlichen Jugendhilfeträger entscheiden darüber, ob es eine Förderung in sozialen Brennpunkten oder eine Förderung für eingruppige Einrichtungen gibt. Dann wird natürlich nach Kassenlage der Stadt entschieden, ob eine solche Förderung stattfindet oder nicht.

Ich nenne ein anderes Beispiel. In meiner – damals noch CDU-dominierten – Stadt wurde entschieden, dass man sich auf diese Art und Weise der sozialen Brennpunkte entledigt, indem man sagt: Es gibt keine Einrichtungen in sozialen Brennpunkten. Insofern gibt es diese Förderung auch nicht.

Das, meine Damen und Herren, wollen wir ändern. Da sehen wir Notwendigkeiten der Steuerung durch das Land. Da muss es Klarstellungen geben, wie eine solche Förderung tatsächlich erzielt werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Die Öffnungszeiten der Einrichtungen und die Betreuungszeiten für die Kinder sind auch ein Punkt. Das Gesetz versprach mehr Flexibilität. Am Ende ist aber deutlich geworden, dass es nie ein starreres System gegeben hat, das den Gegebenheiten und

Bedarfen der Familien in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr gerecht wird, als unter dem sogenannten Kinderbildungsgesetz.

Auch hier müssen wir uns an den Bedarfen der Eltern orientieren. Es ist deutlich geworden, dass die allerwenigsten Eltern in der Zwischenzeit eine Halbtageseinrichtung wollen. Die allermeisten Eltern brauchen Ganztageseinrichtungen und wollen diese Einrichtungen auch, weil sie sich davon die beste Förderung für ihre Kinder versprechen.

Vor dem Hintergrund ist es schon fraglich, ob man mit der Staffelung, wie sie im sogenannten Kinderbildungsgesetz angeboten wird, die Bedarfe der Eltern beantworten kann.

Die Regelung der Vor- und Nachbereitungszeiten sowie die Fortbildung der pädagogischen Kräfte sind ein Evergreen. Es ist deshalb umso notwendiger, dass wir uns hier im Land schnell darüber klar werden, dass es notwendig wird, dass sich das Land zum einen direkt an der Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen beteiligt und dass es zum Zweiten verbesserte Möglichkeiten der Vor- und Nachbereitung gibt.

Die Kindertageseinrichtung ist eine der wichtigsten und ersten pädagogischen Einrichtungen. Es ist deshalb nicht hinzunehmen, dass die Vor- und Nachbereitung gerade im pädagogischen Bereich bei der frühen Bildung in der Zwischenzeit nicht mehr durch das Land finanziert wird.

Der Einsatz von Ergänzungskräften ist ein Kapitel der eher dunklen Art. Denn da hat das Land geschlafen. Aber man muss auch sagen: Auch einige Träger haben geschlafen und haben sich nicht tatsächlich damit befasst, wie der Personalkörper zusammengesetzt ist. Es ist aber für uns nicht länger hinnehmbar, dass die langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Ergänzungskräfte sind, angesichts der Tatsache, dass es nicht genug Weiterbildungsmöglichkeiten gibt, jetzt um ihren Job fürchten müssen.

(Beifall von SPD und LINKEN)

Deshalb werden wir dieses Thema mit oberster Priorität anfassend.

Was die Anzahl und das Konzept der Familienzentren angeht, muss man wirklich Zweifel haben, ob die Landesregierung immer verstanden hat, was sie da eigentlich wollte. Niemand von uns bezweifelt, dass Familienzentren ein sinnvolles Angebot für Familien sein können, das auch durchaus nachgefragt wird. Für mich bleibt es aber nach wie vor ein Mysterium, wie man auf die Idee kommen kann, nun unbedingt 3.000 Familienzentren durchzusetzen, sie dann aber so läppisch zu finanzieren, dass sie ihren Aufgabenstellungen und den Erwartungshaltungen der Eltern und Familien nicht gerecht werden können. Deshalb muss das Ganze auch dort deutlich hinterfragt werden.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Am Ende stellen wir bei der Bedarfsgerechtigkeit der Angebotsstruktur fest, dass es eben nicht mehr und bedarfsgerechte Angebote gegeben hat. Der Verwaltungsaufwand ist auch nicht kleiner geworden. Wenn überhaupt, ist er vielleicht für das Land gesunken. Für die Träger und für die Kommunen ist der Verwaltungsaufwand jedoch erheblich.

Damit komme ich zu den Folgen für die Trägerstruktur. Kleinere Träger haben es unter diesem Gesetz besonders schwer. Große Träger sind an einigen Stellen eindeutig die Gewinner, weil sie mit ihrem Personal natürlich ganz anders umgehen können und es umsetzen können. Ist es unter pädagogischen Gesichtspunkten aber wirklich sinnvoll, dass ein Kind während seiner vier Jahre in der Kindertageseinrichtung viermal einen Personalwechsel oder auch einen Gruppenwechsel hinnehmen muss? Das kann man doch nicht wollen. Vor diesem Hintergrund muss man sich darum bemühen, dass die Träger ein wenig Waffengleichheit bekommen.

Das sind die Punkte, die wir dringend angehen wollen.

Wie der Präsident schon gesagt hat, gibt es inzwischen einen Entschließungsantrag der FDP-Fraktion und einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Zunächst will ich etwas zu dem Änderungsantrag der Linken sagen. Wir finden ihn in der Sache durchaus in Ordnung. Allerdings passt er, weil es sich um ein ganz spezielles Problem handelt, nun gerade nicht in die Systematik unseres Vorgehens und unseres Herangehens; denn uns geht es vor allen Dingen darum, dass zunächst einmal die Betroffenen beteiligt werden und die Möglichkeit bekommen, ihre Problemlagen vorzutragen und die Dinge zur Sprache zu bringen, die sie in der Umsetzung des KiBiz als problematisch erkannt haben. Deshalb werden wir uns bei dem Antrag der Linken enthalten.

Nun komme ich zu dem erstaunlichen Entschließungsantrag der Fraktion der FDP. Zunächst habe ich meinen Augen kaum getraut. Ich habe dann auch den Kollegen Witzel gefragt, ob dieser Antrag ernst gemeint ist. Er sagte, er sei ernst gemeint.

Dennoch gibt es natürlich einige Aspekte, die wir – das werden Sie uns nachsehen – bei aller Einladungsbereitschaft dann doch nicht mittragen können. Deshalb bitten wir um getrennte Abstimmung. Wir möchten gerne über die Abschnitte I und II sowie die Punkte 1 bis 4 getrennt abstimmen. Ich kann Ihnen auch schon ankündigen, dass die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Punkten 1, 3 und 4 zustimmen werden.

Wir finden diesen Entschließungsantrag bemerkenswert; denn die FDP scheint an einigen Stellen unsere Einschätzung zu teilen, dass das sogenannte Kinderbildungsgesetz doch deutliche Schwächen aufweist –

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

wobei wir natürlich durch unterschiedliche Analysen zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Deshalb sagen wir an dieser Stelle: Das, was Sie inhaltlich an Problemlagen einräumen, nehmen wir zustimmend zur Kenntnis. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp.

Im Namen des Hohen Hauses möchte ich Ihnen ganz herzlich zu der heute Morgen erfolgten Wahl zur Parlamentarischen Geschäftsführerin gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächste Rednerin spricht für Bündnis 90/Die Grünen Frau Asch.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen, dem neuen Kabinett zu gratulieren. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Hand für die zukünftige wichtige Aufgabe, dieses Land Nordrhein-Westfalen zu regieren, und wünsche mir eine gute Zusammenarbeit. Alles Gute!

Auch an Britta Altenkamp einen herzlichen Glückwunsch zu ihrer neuen Funktion als Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion!

Meine Damen und Herren, in Bezug auf den Stellenwert der frühen Bildung besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Es gibt in dieser Frage keinen Dissens zwischen Fachleuten und Politik. Im Grundsatz gibt es auch keinen Dissens zwischen den Fraktionen.

Auf den Anfang kommt es an. In der frühen Bildung werden die Weichen für die spätere Bildungsbiografie der Kinder gestellt. Der Kindergarten bzw. der Elementarbereich der Bildung ist das Fundament für die weitere Entwicklung und für die Bildungsprozesse der Kinder.

Deshalb wissen wir alle: Dieses Fundament muss stabil und tragfähig sein. Die hohen Anforderungen, die an die Einrichtungen gestellt werden, müssen ihm genügen. Es muss für die Familien, für die Kinder und auch für die Gesellschaft gut ausgestattet sein.

Wir wissen: Wenn wir Kindern die besten Startchancen in ihr Leben geben wollen, dann muss die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessert werden. Dafür brauchen wir mehr individuelle Betreuung und Förderung der Kinder, bessere Personalschlüssel und eine höhere Qualifizierung der Erzieherinnen.

Wir wissen auch: Wir als Politik müssen es den Eltern ermöglichen, die Kindererziehung und die Berufstätigkeit miteinander zu vereinbaren. Deshalb müssen wir die U3-Plätze bedarfsgerecht ausbauen und den Eltern diese Vereinbarkeit ermöglichen.

So weit die gesellschaftlichen Notwendigkeiten und der theoretisch von allen mitgetragene Anspruch.

Wir sehen aber, dass die Realität nach fünf Jahren schwarz-gelber Regierungszeit eine ganz andere ist; denn mit den von CDU und FDP geschaffenen neuen gesetzlichen Grundlagen, dem sogenannten KiBiz, haben sich die Rahmenbedingungen für die Kindertagesstätten nicht verbessert. Vielmehr hat die schwarz-gelbe Landesregierung Nordrhein-Westfalen bei der Ausgestaltung der frühkindlichen Bildung zurückgeworfen.

Die Bilanz der Familienpolitik der abgewählten Landesregierung ist denkbar schlecht. Die Bundesstatistik zeigt, dass Nordrhein-Westfalen bei den Plätzen für die unter Dreijährigen nach fünf Jahren Schwarz-Gelb bundesweit auf dem letzten Platz liegt. Ein Jahr vor Einführung des KiBiz war es noch der vorletzte Platz. Die Position unseres Landes hat sich mit dem Gesetz also noch einmal verschlechtert.

Der „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung verdeutlicht: Die Personalschlüssel für Kinder unter drei Jahren liegen in NRW unter dem Bundesdurchschnitt. Gerade in diesem sensiblen Bereich der Säuglinge und Kleinkinder wurden die Standards nicht verbessert, sondern verschlechtert.

Eine Untersuchung des Sozialpädagogischen Institutes in Köln kommt zu dem Ergebnis, dass die Belastungen der Erzieherinnen nach Einführung des KiBiz gestiegen sind, die Arbeit sich verdichtet und die Bürokratie stark zugenommen hat. Die Folge sind erhöhte Krankheitszeiten unter den Erzieherinnen und zunehmende Belastungssyndrome.

Mit KiBiz hat die Anzahl der prekären befristeten oder Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse zugenommen. Unter den sogenannten Ergänzungskräften, den Kinderpflegerinnen, herrscht Existenzangst, weil sie ab 2013 nicht mehr weiterbeschäftigt werden können.

Meine Damen und Herren, zu dieser Negativbilanz des KiBiz gehört auch: Schwarz-Gelb hat bundesweit für die höchsten Elternbeiträge gesorgt. Besonders bitter daran ist, dass sich mit diesen Elternbeiträgen die soziale Spaltung in diesem Land noch weiter vertieft hat, weil gerade in den armen Kommunen die Elternbeiträge besonders stark angehoben wurden, während reiche Kommunen wie zum Beispiel die Stadt Düsseldorf diese Beiträge abschaffen konnten.

Alle Beteiligten – die Kommunalen Spitzenverbände, die Landesjugendämter, die kommunalen Jugendämter, die Träger und Einrichtungen – beklagen, dass mit dem KiBiz ein kompliziertes Finanzierungssystem einhergeht und dass damit eine enorm große Bürokratie geschaffen wurde. Es zeigt sich, dass das Konstrukt dieses Gesetzes, die Mischung aus Kopfpauschale und Gruppenpauschale, nicht zu einem konsistenten, durchschaubaren Verfahren geführt

hat, sondern es wurde ein hochkomplexes, undurchschaubares Finanzierungssystem geschaffen.

Viele Ungereimtheiten des Gesetzes hielten dem Praxistest nicht stand. Die als neue Flexibilität hoch gelobte 25-, 35- und 45-Stunden-Kontingentierung ist ein Fehlkonzept. Die Eltern haben heute weniger Flexibilität als vor Einführung dieses sogenannten Kinderbildungsgesetzes.

Mein Fazit lautet: Meine Damen und Herren, niemand ist mit diesem Gesetz zufrieden. Unzufrieden sind die Erzieherinnen, die tagtäglich die höhere Arbeitsbelastung spüren. Unzufrieden sind die Eltern, die eine quantitativ und qualitativ hochwertige Betreuung einfordern. Unzufrieden sind die Kommunen, die vor Ort alle Unzulänglichkeiten dieses Gesetzes ausbaden müssen.

Und heute stellen wir fest: Unzufrieden ist offenbar auch die FDP, die dieses Gesetz mit auf den Weg gebracht hat. Ich habe mit großem Interesse Ihren Antrag gelesen und dabei festgestellt, dass Sie das Finanzierungssystem auf den Prüfstand heben. Sie haben nämlich in Ihrem Antrag erwähnt, dass Sie die pauschalierte Finanzierung und das hoch umstrittene Sprachstandsverfahren überprüfen wollen. Es gibt weitere Punkte wie etwa die Elternbeiträge, bei denen Sie erwägen, Korrekturen vorzunehmen. Das alles haben wir mit Interesse gelesen.

Ich finde es spannend, welche heilsamen Wirkungen Wahlen haben und welche Lehren daraus gezogen werden; denn wir haben Herrn Witzel ja noch in der letzten Plenarsitzung der vorherigen Wahlperiode als jemanden erlebt, der dieses Gesetz sehr stark verteidigt hat.

Meine Damen und Herren, wir sehen an der Bilanz von zwei Jahren Kinderbildungsgesetz: Es ist hohe Zeit, diese insuffiziente gesetzliche Grundlage zu verändern, den Druck von den Einrichtungen und von den Erzieherinnen zu nehmen und sofort und unmittelbar die Revision einzuleiten.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Dabei ist Eile geboten. Wir wollen diese Evaluierung auf eine breite Grundlage stellen. Wir wollen nicht die Erzieherinnen und auch nicht die Eltern außen vor lassen. Wir wollen sie nicht wieder an den Katzentisch setzen, wie es von Schwarz-Gelb praktiziert wurde, sondern wir wollen ihre Erfahrungen in den Prozess zur Evaluierung und zu einer Neufassung des Gesetzes aufnehmen.

Meine Damen und Herren, wir, die rot-grüne Koalition, haben uns das Ziel gesetzt, Kinder in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Wir machen ernst damit, dass Bildung von der Kita bis zur Hochschule beitragsfrei sein muss, weil wir nicht wollen, dass die Bildung vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Wir gehen den ersten Schritt und entlasten die Eltern für ein Jahr von den Beiträgen. Wir machen ernst damit, dass die U3-Plätze bedarfsgerecht ausgebaut werden, und werden das auch so finanzieren. Wir machen ernst damit, die Kommunen in der wichtigen Aufgabe, den Rechtsanspruch umzusetzen, zu unterstützen, und werden die Bundesmittel, die für diese Aufgabe den Kommunen zur Verfügung gestellt werden, vollständig durchleiten.

(Beifall von GRÜNEN und LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen braucht einen Neuanfang in der Politik für Kinder und Familien. Diesen Neuanfang können wir heute beginnen, und Sie können sich alle daran beteiligen und unserem Antrag zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als Nächste spricht Frau Doppmeier für die CDU-Fraktion.

**Ursula Doppmeier (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Richtigerweise fängt Ihr Antrag mit der Erkenntnis an, dass alle wesentlichen Studien unmissverständlich nachweisen, dass eine frühkindliche Bildung einen hohen Stellenwert für die spätere Entwicklung der Kinder hat. Ich denke, darin sind wir uns sicherlich alle in diesem Hohen Hause einig.

Wir von der CDU haben das bereits früh erkannt und anders als Sie vor 2005 in unserer Regierungszeit entsprechend gehandelt. Wir haben mit dem Kinderbildungsgesetz im Jahre 2008 endlich etwas umgesetzt, das Sie in Ihrer vorherigen Regierungszeit nie geschafft haben. Wir von der CDU haben in 2008 mit dem KiBiz frühkindliche Bildung in Nordrhein-Westfalen auf ein neues Fundament gestellt, das es bei Ihnen damals überhaupt nicht gab.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns einmal kurz zurückschauen: Als wir 2005 das Ruder in NRW übernommen haben, fanden wir bezüglich der frühkindlichen Bildung im Land einen Zustand vor, der uns auf die letzten Plätze verwies.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und wo stehen wir jetzt?)

– Das hat sich inzwischen verändert: Wir spielen wir in der oberen Liga mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ja, ja!)

Das Kita-Gesetz hat das bewirkt. Sie meinen nach ein paar Tagen im Amte schon alles umkrempeln zu müssen. Ich sage Ihnen: Sachorientierte Politik zum Wohle der Menschen und vor allen Dingen zum Wohle der Kinder hier im Land sieht anders aus!

(Beifall von der CDU)

Sie unterstellen, meine Damen und Herren, dass qualitative und quantitative Ziele mit dem KiBiz bisher nicht erreicht worden sind. Diese Unterstellung ist nicht hinnehmbar. Zu Ihrer Erinnerung: Wie sah es denn 2005 aus? Mit unzureichenden 11.800 U-3-Plätzen waren wir Schlusslicht unter den westlichen Bundesländern. Das war Ihr Erbe an uns. Und nun unser Erbe an Sie? Heute sind es 7,5mal mehr Plätze, als es damals waren!

(Britta Altenkamp [SPD]: Schlusslicht sind wir!)

Und ab August 2010 werden wir über 90.000 Plätze zur Verfügung gestellt haben. Zum erneuten Mal konnten wirklich alle von den Kommunen gemeldeten U3-Bedarfe für das am 1. August beginnende Kindergartenjahr erfüllt werden. Ich frage mich: Wann gab es das jemals zu Ihrer Zeit?

Wir in NRW haben damals im Jahr 2005 erkannt, dass wir neue Wege gehen müssen. Diese sind wir auch gegangen. Wir haben mehr Mut bewiesen als Rot-Grün in zehn Jahren gemeinsamer Regierungszeit. Als bisher einziges Bundesland haben wir mit den Familienzentren und der Sprachförderung einen ganz neuen Kurs in der frühkindlichen Bildung eingeschlagen.

Gerade diese Familienzentren haben doch gezeigt, dass hier eine innovative Vernetzung von Kompetenzen realisierbar ist. Mit aktuell rund 1.750 Familienzentren – ab August werden es rund 2.000 sein – haben wir eines sehr deutlich gemacht: Immer mehr Familien vor Ort erfahren hier eine notwendige, niederschwellige Hilfe und Beratung.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Bedarf ist groß, die Plätze werden nachgefragt. Sie sehen: Unsere politische Richtung wird von den Menschen im Lande unterstützt.

Auch die erwähnte Sprachförderung möchte ich noch einmal ins Gedächtnis rufen: Dank einer jetzt erfolgten gesetzlichen Verankerung der Sprachförderung, die – im Gegensatz zu früher – heute systematisch und zielgerichtet greift, werden mehr Kinder als je zuvor mit den zusätzlichen Maßnahmen in der deutschen Sprache gefördert. Hierzu haben wir nicht wie Sie damals 7 Millionen €, sondern 24 Millionen € zur Verfügung gestellt. Auch das ist ein wichtiger Teil Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Bildungsgerechtigkeit beinhaltet aber nicht nur die frühkindliche Bildung, sondern auch die integrative Kinderbetreuung. Sie alle werden mir recht geben: Diese ist ein wichtiges Element im Lernprozess junger Menschen. Sie prägt nämlich maßgeblich den späteren Umgang der Kinder miteinander.

Und wir haben es erreicht, dass die Zahl der Kinder mit Behinderungen, die in den Kindertagesstätten

betreut werden, stetig zunimmt. Gerade diese positive Entwicklung ist auch wieder eine Folge der Verankerung im Kinderbildungsgesetz. Diese sieht nämlich zum ersten Mal vor, dass Kinder mit Behinderung und Kinder ohne Behinderung grundsätzlich gemeinsam gefördert werden.

Ich darf Sie noch an einen anderen Punkt unserer Regierungszeit erinnern: die Kindertagespflege. Wir haben umgesetzt, dass die Kindertagespflege erstmalig durch das Land gefördert wird. Damit erhält diese sicherlich sehr flexible und stets wachsende Betreuungsform endlich die verdiente Anerkennung und passt sich den Bedarfen der Eltern vor Ort an.

Es fällt Ihnen sicher schwer zu glauben, aber wir haben solides Wirtschaften, Haushaltskonsolidierung und dennoch mehr Personal für die Jüngsten in der Gesellschaft miteinander vereinbart.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Im Vergleich zum alten Kindergartengesetz, dem GTK, gibt es nämlich durch das neue Kinderbildungsgesetz einen verbesserten Schlüssel. Personalschlüssel 1:5,5 im U3-Bereich oder 1:8,6 im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen. Gegenüber dem alten GTK hat er sich in Nordrhein-Westfalen erheblich verbessert.

Ich gebe zu: Das Kinderbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen war 2008 sicherlich keine leichte Geburt. Vor allen Dingen aber war es kein Schnellschuss: Wir haben stets dazu gestanden, dass wir im Rahmen der KiBiz-Revision mit gesetzgeberischer Aufmerksamkeit hinschauen und kritisch prüfen müssen, was sich im KiBiz bewährt hat und ob nachgesteuert werden muss.

Wir müssen uns aber auch in Erinnerung rufen, dass KiBiz ein junges Gesetz ist. Gesetze brauchen einen angemessenen Zeitraum, damit sie ihre Stärken festigen können und auftretende Schwächen erkennbar werden.

Schauen Sie doch mal in die Wirklichkeit Ihrer Kommunen vor Ort: Ein Teil der Kitas, unterstützt durch die Konjunkturprogramme des Bundes, ist gerade aktiv beim Ausbau der U3-Betreuung.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ein anderer, schnellerer Teil hat diesen Ausbau bereits hinter sich und lernt gerade, mit diesen neuen Gegebenheiten zu arbeiten. Die dritte Gruppe der Kitas

(Britta Altenkamp [SPD]: Macht zu!)

wartet vor Ort sehnsüchtig auf das weitere Geld. Die Bagger stehen sozusagen vor der Tür. Als Beispiel nenne ich nur Königswinter.

In dieser jetzt vorhandenen Gemengelage sagen Sie: Jetzt beginnen wir die Revision. – Wissen Sie eigentlich, was das für die vor Ort Tätigen bedeutet?

(Britta Altenkamp [SPD]: Die freuen sich!)

Jetzt zahlreiche zeittressende Befragungen vor Ort, Auflistungen der unterschiedlichen Auswirkungen, Abfragen der Reaktionen bei Eltern, Abfragen bei Kindern und Erzieherinnen: Was ist das denn?

(Britta Altenkamp [SPD]: So wollen wir das auch machen, ja klar!)

Sie wollen jetzt, gerade in dieser Phase des Um- und Aufbaus, einen Riesenbürokratieaufbau schaffen. Das machen wir nicht mit.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer hätte das gedacht?)

Sie wissen wohl gar nicht, was Sie den Kitas zumuten. Es ist unzumutbar, diese Revision in 2010 durchzuführen.

(Beifall von der CDU)

Diese Revision wäre überstürzt, verfrüht und nicht zielführend. Sie ist von Ihnen doch nur als parteipolitischer Schnellschuss gedacht; denn eigentlich sollten Sie aus Ihrer Regierungszeit die nötige Erfahrung mitbringen und wissen, wann man ein Gesetz und seine Wirkung wirklich seriös beurteilen kann. Erfahrung kann ich Ihrem Antrag aber leider nicht erkennen. Vielmehr bekomme ich das Gefühl, dass Sie hier ein gutes Gesetz völlig unüberlegt noch vor der Sommerpause korrigieren wollen, nur, weil es nicht von Ihnen stammt.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Weitsichtig haben wir schon damals die Revision für Ende 2011 angesetzt. Die Ergebnisse der Revision wären dann im Kindergartenjahr 2012/2013 wirksam.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist ja das Schlimme!)

Das ist ein Zeitraum, der nicht nur verlässliche Informationen liefert, sondern auch Planungssicherheit für Eltern, Mitarbeiterinnen und die Betreiber der Kindergartenstätten bedeutet.

Darum lade ich Sie ein:

(Britta Altenkamp [SPD]: Auf Ihre Einladung kann ich dankend verzichten!)

Statt auf die Revision des Gesetzes im Januar 2011 hinzuwirken, versuchen wir gemeinsam – wie im Gesetz vorgesehen –, die Revision mit verlässlichem Datenmaterial Ende 2011 durchzuführen

(Britta Altenkamp [SPD]: Warum nicht 2014?)

und dann, wenn erkannt wird und belegt ist, wo Nachsteuerung nötig ist, diese vorzunehmen.

Somit muss ich Ihnen leider sagen, dass wir Ihren aktuellen Antrag gerade wegen des Vorziehens der Revision ablehnen müssen; denn damit ist den Kleinsten in unserem Lande nicht gedient.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. – Herr Witzel hat jetzt das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte direkt Bezug nehmen auf die Einleitung der Debatte durch die Vorrednerinnen Frau Altenkamp und Frau Asch. Es wurde gesagt, es gäbe eine große Veränderung. Ich kann nur erwidern – deshalb stehe ich gerne hier und spreche zu diesem Antrag –: Sie werden sehen, dass all das, was wir hier vortragen, in Übereinstimmung mit den Aussagen steht, die wir vor der Wahl getätigt haben, und auf einer konsequenten Weiterentwicklung der Fundamente unserer bisherigen Politik basiert.

Wir halten KiBiz – das ist bekannt – für ein richtiges und wichtiges Fundament, auf dem weitere Entwicklungen aufbauen sollten. Wir haben immer gesagt – das ist unser Qualitätsanspruch an gute Gesetzgebung, die für jedes Gesetz gilt und auch kein KiBiz-Spezifikum ist –, dass Gesetze, nachdem sie mit Breitenwirkung in der Praxis angekommen sind, evaluiert werden müssen und dass eine Politik, die für sich Qualitätsmaßstäbe formuliert, bereit sein muss, im Dialog mit der Praxis nachzusteuern, wenn es erforderlich ist.

Für uns ist völlig klar: Die Systematik des KiBiz, des zugrunde liegenden Modells ist für uns richtig. Wir haben das Gesetz aus Überzeugung mit beschlossen und stehen zu seinen Konstruktionsprinzipien, so wie Schwarz-Gelb es in den letzten fünf Jahren auf den Weg gebracht hat. Wir sind froh und stolz auf die Erfolge, die CDU und FDP in den letzten Jahren mit KiBiz erreicht haben.

Ich möchte an meine Vorredner appellieren – bei all dem, was wir uns für die Zukunft wünschen, und trotz der Erkenntnis, dass wir nicht im Paradies angelangt sind –, bitte nicht den Eindruck zu vermitteln, hier sei in den letzten fünf Jahren nichts passiert. Das Gegenteil ist der Fall. Insbesondere in den letzten zwei Jahren haben wir in quantitativer und qualitativer Hinsicht einen großen Schritt nach vorne gemacht.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir sind aber ehrgeizig. Deshalb muss der Prozess weitergehen. Wir stellen demnach auch nicht die Uhren ab. Wir stehen dabei allerdings deutlich zu den Instrumenten und zu den Erfolgen, die CDU und FDP vorangebracht haben gerade auch im Kontrast zu der Bilanz, die Rot-Grün im Jahre 2005 hinterlassen hat.

Wir sagen für unsere Fraktion: Wir wollen nicht zurück – so habe ich auch Frau Altenkamp nicht verstanden – in die Zeiten von GTK und TAG, sondern wir bleiben bei aller Weiterentwicklung in der Perspektive in der Systematik des KiBiz. Wir halten es zukünftig für eine Aufgabe und Herausforderung, an einem massiven Ausbau der U3-Plätze, an einer

weiteren Verbesserung für die Sprachförderung, an einer Weiterentwicklung und Ausdehnung der Arbeit von Familienzentren zu arbeiten, die immer mehr zu Mehrgenerationenhäusern werden und ganz wichtige Anlaufstellen sind gerade in schwierigen Stadtteilen, wo sie stabilisierend wirken.

Es war gut und richtig, dass das KiBiz diese Punkte aufgenommen hat, die im alten GTK nicht oder nicht in dieser Form ihre Verankerung gefunden haben, auch nicht in der Bundesgesetzgebung. Deshalb gibt es schon eine spezifische landespolitische Note, die Schwarz-Gelb diesem Gesetz gegeben hat mit all seinen Einzelkomponenten, die wir so nicht in allen Bundesländern antreffen.

Wir stehen zu dem Konstruktionsprinzip des KiBiz. Wir stehen zu all dem, was wir in den letzten fünf Jahren gemacht haben. Wir knüpfen dort an für die weitere Entwicklung, aber wir sagen eben auch: Es gibt eine Weiterentwicklung. Politik darf niemals stehen bleiben. Qualitätsorientierte Gesetzgebung muss in regelmäßigen Abständen dem Praxistest unterzogen werden. Der Dialog muss mit den Betroffenen vor Ort gesucht werden. Es muss selbstverständlich sein, so wie wir das in allen Politikbereichen erwarten, auf Trends, auf Wünsche zu reagieren.

Die FDP hat keine Angst vor Nutzern. Unsere Partei ist ein großer Anhänger der Marktwirtschaft. Wir wollen auch hier Konsumentensouveränität haben bei denen, die öffentliche Dienstleistungen nutzen. Wir sind deshalb selbstverständlich bereit, uns dem Dialog mit Nutzern zu stellen, was unsere Gesetzgebung angeht. Deshalb ist eine Evaluation richtig. Wir haben immer, auch vor der Wahl, gesagt, dass das notwendig ist, dass das mit dazu gehört. Wir haben allerdings hinzugefügt – ich wäre sehr froh, wenn es auch Rot-Grün so sehen würde –: Evaluation ist immer ein ergebnisoffener Prozess. Da sagt man nicht von vornherein: Da ist Bestimmtes gescheitert. Daran müssen wir jetzt schrauben.

Evaluation heißt: Man geht ergebnisoffen an die Dinge heran. Da, wo man feststellt, dass bestimmte Weichenstellungen neu erfolgen müssen, macht man das. Da, wo Erfolge vorliegen, hat man auch die Größe zu sagen: Wir sind weiter vorangekommen. In diesem Sinne wollen wir die Beratungen in den nächsten Wochen und Monaten vorantreiben.

Wir freuen uns über die Unterstützung unserer Politik. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Jetzt hat Frau Dr. Butterwegge für die Linke das Wort.

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Schönfärberei, die gerade in den

Worten von Herrn Witzel und Frau Doppmeier zum Ausdruck kam, ist es nun umso notwendiger, einen kritischen Blick auf das Kinderbildungsgesetz zu werfen, weil das nämlich erklärt, warum ein solcher Antrag, wie SPD und Grüne ihn gestellt haben, nötig ist. Denn es brennt, bildlich gesprochen, in den Kitas, bei den Tagesmüttern, bei den Müttern, die wegen fehlender Kita-Plätze gezwungen sind, mit ihren Kindern zu Hause zu sitzen.

Mir wurde letztes auf der Suche nach einem wohnortnahen Kita-Platz für meine Tochter, die unter drei Jahre alt ist, erzählt, dass für 18 Kita-Plätze 200 Bewerbungen vorlagen und Kinder der Religionszugehörigkeit des konfessionellen Trägers der Einrichtungen bevorzugt würden. Tja, Pech gehabt.

Die vormalige CDU/FDP-Landesregierung hat die Kindertagesbetreuung mit dem KiBiz vor die Wand gefahren. Schon vor seinem Inkrafttreten waren die Proteste gegen das KiBiz enorm, weil Betroffene – die Eltern der Kinder, Erzieherinnen, die Einrichtungsträger – Sturm dagegen liefen. Daran haben auch Hochglanzbroschüren und Kommunikationsoffensiven des damaligen Familienministeriums nichts geändert. Die täglichen Erfahrungen der Betroffenen wiegen schwerer.

Die durch das KiBiz verursachten Missstände sind bekannt und wurden schon vielfach benannt:

Erstens. In den Kitas fehlt immer mehr Personal. Vertretungskräfte, Hauswirtschafterinnen, freigestellte Einrichtungsleitungen und ältere Mitarbeiterinnen können kaum noch finanziert werden, weil die Kindpauschalen dafür nicht ausreichen. Besonders kleine Einrichtungen sind in ihrer Existenz bedroht.

Zweitens. Das KiBiz hat die Aufgaben für pädagogische Fachkräfte zwar zu Recht erweitert, dafür aber die Vorbereitungszeit der Erzieherinnen reduziert. All dies wirkt sich auf den Betreuungsschlüssel aus, der sich vielerorts massiv verschlechtert hat. Große Gruppen von Kindern mit wenig Personal sind die Folge.

Drittens. An viel zu vielen Orten werden Kinder derzeit verwahrt statt bestmöglich gefördert, weil der Personalschlüssel und die Raum- und Sachausstattung auch für eine Ganztagsbetreuung völlig unzureichend sind.

Ein viertes Problem: Die Kita-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter haben zum Teil katastrophale Arbeitsbedingungen und eine meist viel zu niedrige Bezahlung. 30 % Krankenstand, befristete Beschäftigungsverhältnisse, fehlender Nachwuchs für den Beruf und ein sich verschärfender Fachkräftemangel sind die Folge, obwohl wir eigentlich mehr höher qualifizierte Fachkräfte für frühkindliche Bildung brauchen.

Am gravierendsten wirkt sich das alles aber auf die Situation der Kinder aus, die in zu großen Gruppen bei wechselndem Personal einfach überfordert werden. Von einer bestmöglichen Förderung der Kinder

kann also nicht die Rede sein. Bei ihnen zu sparen ist wahrlich der falsche Ansatzpunkt, meine Damen und Herren.

Ich fasse zusammen: Das Kinderbildungsgesetz ist eine große Mogel- und Sparpackung auf dem Rücken der Kinder und Beschäftigten. Es muss umgehend revidiert werden, damit es nicht die Zukunft unserer Jüngsten bedroht.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

Landtag und Landesregierung haben deshalb die vordringliche Aufgabe, diese verfahrenere Situation so schnell wie möglich und so solide wie möglich zu ändern. Es geht also darum, auf die Kritik und die Proteste von Eltern und Erziehern zu reagieren.

Einerseits muss das KiBiz gemeinsam mit den Betroffenen – mit Trägern, Eltern und Beschäftigten – evaluiert werden. Viele Kritikpunkte am KiBiz haben sich in der Praxis aber bereits herauskristallisiert und sind schon lange bekannt, weshalb ein Evaluationsprozess nicht allzu lang angelegt sein sollte. Andererseits brennt die Hütte, wie erwähnt, schon jetzt, und zwar nicht erst seit gestern. SPD und Grüne haben das in diesem Hause aus der Opposition heraus in den letzten Jahren vielfach kritisiert.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, Sie haben in der Vergangenheit mehrfach vergeblich eine Erhöhung der Kindpauschalen von CDU und FDP gefordert, und zwar nicht erst für das Kindergartenjahr 2011/2012. Jetzt sind Sie am Zuge.

(Beifall von LINKEN und Wolfram Kuschke [SPD])

Die neue Landesregierung fordern wir deshalb auf, umgehend und unbürokratisch Maßnahmen zu prüfen und möglichst auch zu ergreifen, um das Ziel einer besseren Personalausstattung von Kindertagesstätten schnellstmöglich zu erreichen. So könnte beispielsweise ein Sonderfonds eingerichtet werden, der in einem Nachtragshaushalt auch haushalterisch abgesichert werden könnte, der den in der größten Not befindlichen Einrichtungen zum Beispiel Mittel für Hauswirtschaftskräfte oder Vertretungskräfte schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellt.

Dazu haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag vorgelegt, und wir bitten Sie um Ihre Zustimmung dazu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Butterwegge. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich habe diese Debatte sehr aufmerksam verfolgt und möchte eine Anmerkung

vorab machen, Frau Doppmeier: Ich habe den Eindruck, die CDU-Fraktion ist die einzige Fraktion in diesem Hohen Haus, die noch nicht begriffen hat, dass das Kinderbildungsgesetz kein gutes Gesetz für die Kinder in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Ich war sehr erstaunt über Ihre Einlassungen; das muss ich gestehen.

Gut ist aber, dass die frühkindliche Bildung inzwischen in der gesamten politischen Debatte einen hohen Stellenwert einnimmt und dass nicht nur die Fachleute und die Politik darüber diskutieren, sondern dass in den letzten Jahren – das sage ich in Richtung der FDP – auch die Wirtschaft stärker erkannt hat, wie hoch der Stellenwert der frühkindlichen Bildung ist. Es gibt ein Wirtschaftsgutachten der sogenannten fünf Weisen, das erstmals eine große Passage zu der Frage enthält, wie Bildungsreserven mobilisiert werden können. Ein wichtiges Credo ist, die frühe Bildung von Anfang an zu stärken und auszubauen sowie Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit durch einen kontinuierlichen Bildungsverlauf zu sichern.

Gerade diese Ziele sehen wir – und das haben einige der Vorrednerinnen deutlich gemacht – durch das derzeitige so genannte Kinderbildungsgesetz nicht berücksichtigt. Es ist daher nur folgerichtig, die Revision, wie sie im KiBiz gefordert ist, vorzuziehen und so schnell wie möglich zu Verbesserungen zu kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Für SPD und Bündnisgrüne steht mit diesem Antrag fest, dass wir kein Land bleiben dürfen, wo die soziale Herkunft der Kinder den Zugang zu Bildungschancen reglementiert,

(Beifall von der LINKEN)

denn auch nach zehn Jahren PISA hat sich im Kern an dem gemeinsamen Bemühen, allen Kindern und Jugendlichen einen optimalen Zugang zu Bildungschancen zu gewähren, nichts geändert. Dabei wissen wir, dass die Bildungsbenachteiligung bereits im frühen Kindesalter beginnt.

Ich will durchaus zugestehen, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Versuch unternommen hat, bessere Voraussetzungen für die Förderung von Kindern zu schaffen. Aber sie hat – das muss man offen feststellen – mit ihrem Kinderbildungsgesetz die selbst gesetzten Ziele nicht erreicht.

Der Antrag der FDP hier und heute macht noch einmal deutlich, in welcher Zwickmühle sie steckt. Die FDP bringt einen Antrag ein, in dem sie sich zur Revision des KiBiz bekennt

(Ralf Witzel [FDP]: Evaluation!)

– Evaluation –, aber Sie verweisen auf den Zeitpunkt, der im Gesetz steht. Ich frage mich, warum Sie die-

sen Antrag dann einbringen. Ich glaube, Sie wollen politisch sehr wohl dokumentieren, dass einiges grundlegend und schnell geregelt und geändert werden muss. Sonst hätten Sie diesen Antrag sicher nicht so formuliert. Darin erkenne ich einen Erkenntnisgewinn, der auch für die politische Debatte von großem Nutzen ist.

Die Quantität im U3-Bereich ist sicherlich gesteigert worden. Aber, Frau Doppmeier, in der Kinder- und Jugendhilfestatistik nimmt Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich immer noch den letzten Platz ein. Ich erinnere mich gerne an eine Debatte aus der 14. Legislaturperiode, als der damals zuständige Minister versucht hat, das in einem Redeblock klar zu machen. Das war etwas erheitend; der eine oder andere weiß es noch.

Aber um welchen Preis ist die Quantität gesteigert worden? – Ohne einen wirklichen Dialog mit allen Beteiligten hat man tief in die Strukturen der Kindertageseinrichtungen eingegriffen. Es gab und gibt massive Verunsicherungen. Es entstand ein langer, quälender Prozess, der viele Kompetenzen infrage gestellt hat. Das alles war nicht sehr zuträglich für die Motivation der Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Die Bereitschaft dieser Menschen, hier zu arbeiten, ist im Grunde genommen sehr, sehr groß; aber Sie dürfen diese Bereitschaft nicht durch solche Verfahren schädigen, wie Sie sie in den letzten Jahren im Land eingeführt haben.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

„Erst Quantität, dann Qualität“ ist aus fachpolitischer Sicht eindeutig der falsche Weg.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich daher das erstrebenswerte Ziel gesetzt, den gesetzlichen Rahmen für die Förderung von Kindern im frühen Kindesalter zu verbessern. Darüber hinaus fordern sie eine unverzügliche Generalrevision.

Ich möchte an dieser Stelle einige Punkte hervorheben, die mir ganz besonders wichtig sind:

Wir alle, so denke ich, wollen mehr Bildungsgerechtigkeit erreichen. Aber wir wollen das unter anderem auch durch Gebührenfreiheit in allen Bildungsbereichen erreichen. Es kann nämlich nicht sein, dass letzten Endes der Kindergarten/die Kita der einzige Bereich ist, der gebührenpflichtig bleibt und zum Teil zu so hohen Elternbeiträgen geführt hat, dass Eltern das gar nicht mehr nachvollziehen können.

Im Übrigen – das möchte ich auch noch einmal deutlich machen – ist mir der Flickenteppich unverständlich, der durch die Kommunalisierung der Elternbeiträge entstanden ist und den Sie zu verantworten haben. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für das Handeln der schwarz-gelben Landesregierung in der letzten Legislatur.

(Beifall von SPD und LINKEN)

Zu Recht, Frau Doppmeier, beklagen sich Familien, die einen Beitrag von 300 oder 400 € bezahlen müssen, dass wenige Kilometer entfernt, in der Nachbarstadt, kein Elternbeitrag gezahlt werden muss. Hinzu kommt der eingeschränkte Handlungsspielraum, den Kommunen in der Haushaltssicherung haben. Diese Ungerechtigkeit wollen wir abbauen und damit zugleich zwei Effekte erreichen: Zum einen wird frühe Bildung beitragsfrei und sichert damit den Zugang für alle Kinder und Jugendlichen zu dieser wichtigen Einrichtung, zum anderen entlasten wir die Kommunen, die heute schon für immerhin rund 22 % der Eltern die Elternbeiträge übernehmen müssen, abgesehen von der bestehenden Differenz zwischen dem tatsächlichen Elternbeitragsaufkommen und dem notwendigen Elternbeitragsaufkommen, wie es im KiBiz geregelt ist.

Wir wollen also die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehört natürlich eine Überprüfung des Personalschlüssels ebenso wie die Stärkung der Arbeit von Tageseinrichtungen in sozialen Brennpunkten. Vor allem – meine Kolleginnen Frau Britta Altenkamp und Frau Asch haben darauf hingewiesen – wissen kleine Einrichtungen in sozialen Brennpunkten kaum, wie sie die erforderliche Qualität sichern können, wenn ihnen hierzu das nötige Geld fehlt. Wir werden auch die Auskömmlichkeit der Kindpauschale überprüfen müssen. Wir werden genau hinschauen müssen, wo und wie und warum sie nicht auskömmlich ist.

Der neuen Landesregierung geht es vor allem aber auch um die Wertschätzung der Arbeit der pädagogischen Fachkräfte und der Ergänzungskräfte. Dabei – das ist auch schon gesagt worden – brauchen wir unbedingt die dafür notwendigen Qualifizierungsangebote in ausreichendem Maße.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Wer sich die wissenschaftliche Literatur und die politischen Diskussionen zur Bildungsförderung im frühesten Kindesalter ganz genau anschaut, der wird erkennen, dass wir keine Zeit mehr haben, wenn wir diesen Bereich weiter stärken und qualifizieren wollen. Das müssen wir jetzt tun, nicht erst – wie es im § 28 des KiBiz vorgesehen ist – Ende 2011 diesem Landtag einen Bericht vorlegen. Würden wir das so machen, wäre das ein Zeitverlust von zwei Jahren. Das wollen und das dürfen wir hier in Nordrhein-Westfalen nicht zulassen.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

Aus diesem Grund werden wir uns sofort an die Arbeit machen und uns gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren – dazu gehören die Eltern, die Verbände, Arbeitnehmerinnenvertretungen – zusammensetzen und mit ihnen gemeinsam diesen Prozess gestalten. Ich möchte, dass das ein Prozess wird, der auf Augenhöhe und mit Augenmaß zwischen allen Beteiligten stattfindet. Das ist die entscheidende Arbeit der

nächsten Monate. Ich kann nur sagen: Ich lade Sie – speziell meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und von der FDP-Fraktion – ein. Von der Fraktion Die Linke habe ich vernommen, dass sie sowieso dabei ist. Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam mit uns an diesem Prozess mitzuwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Als nächster Redner hat Herr Tenhumberg das Wort für die CDU-Fraktion.

**Bernhard Tenhumberg (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Altenkamp, ich will nicht hoffen, dass das, was Sie gesagt haben, bedeuten soll, dass Sie zukünftig in das Tarifrecht eingreifen oder das Konnexitätsprinzip nicht beachten wollen. Ich bin gespannt, wie Sie das umsetzen wollen, was Sie hier gesagt haben.

Zu Ihnen, Frau Butterwegge! Nach dem, was Sie hier so dramatisch geschildert haben, frage ich Sie: In welcher Welt leben Sie?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich weise mit aller Schärfe Ihre Äußerung zurück, dass Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten verwahrt oder nur versorgt werden.

(Beifall von der CDU)

Das ist eine Beleidigung der Erzieherinnen und Erzieher bei der Qualität der Leistung, die sie erbringen.

Frau Asch, zu Ihnen möchte ich gerne sagen: Das habe ich 1995 und 2000 auch gehört: „Wir stellen Kinder in den Vordergrund!“ – Das sagt mittlerweile jeder Politiker und jede Politikerin. Was dabei 1990 und 1995 aus den Koalitionsvereinbarungen als Leistung herausgekommen ist, haben wir 2005 erlebt. Heute stehen wir wesentlich besser da. Ich bin gespannt, ob Sie diesmal Ihr Versprechen halten.

Meine Damen und Herren, in der Kinderpolitik brauchen wir keine Scharfmacher. Ich bin seit 1995 Mitglied in dem zuständigen Ausschuss und erinnere mich gerne an die sachlichen und fairen Auseinandersetzungen insbesondere auch unter dem Vorsitz einer SPD-Kollegin. Wir haben dort sachlich und fachlich versucht, eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik zu machen, auch über die Parteigrenzen hinweg.

Frau Schäfer, deswegen verwundern mich die Äußerungen manchmal, und es kommt bei mir der Verdacht auf, dass Sie in Ihrer Oppositionszeit und auch noch heute zum Beispiel den Bericht der Enquete-Kommission II „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ nicht gelesen haben. Sie wissen gar nicht, was dieses Parlament bereits entschieden

bzw. empfohlen hat. Ich empfehle Ihnen diese Lektüre dringend. Sie bildet, und meistens kommt auch noch ein Erkenntnisgewinn dabei heraus.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich bezüglich dieser Thematik heute: Das Parlament ist wesentlich weiter, wenn es die Empfehlungen, die im Bericht der Enquetekommission II „Chancen für Kinder“ fraktionsübergreifend erarbeitet worden sind – auch in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern –, beachtet.

Deswegen möchte ich in der kurzen Redezeit, die mir noch verbleibt, den Eingangstext mit der Überschrift „Kinder in frühen Jahren ganzheitlich fördern“ vorlesen, Seite 172. Ich glaube, wenn wir uns daran orientieren und nach den sich daran anschließenden Handlungsempfehlungen handeln, machen wir eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik. Das Parlament sollte das einmal zur Kenntnis nehmen, die – in jeder Fraktion – vorhandenen Vorbehalte zur Seite schieben und sich stärker an dem Bericht orientieren, der mit der Begleitung von Wissenschaftlern und Praktikern geschrieben worden ist.

Jetzt möchte ich das Zitat bringen, auch um dafür zu werben, dass wir, so wie wir es in den vergangenen Jahren gewohnt waren, in dem zuständigen Ausschuss fachlich und sachlich orientiert eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik für die Bevölkerung insgesamt in unserem Land machen. Ich zitiere:

Die frühe Kindheit ist prägend für die Persönlichkeitsentwicklung eines Menschen und in keiner Lebensphase ist der Mensch so lernfähig. Diese Entwicklungspotenziale müssen bei allen Kindern so optimal wie möglich gefördert werden. Eine zukunftsorientierte Bildung ist daher dem Grundsatz verpflichtet: Bildung für alle Kinder von Anfang an. Dabei ist zu beachten, dass Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft sehr unterschiedliche Startchancen haben. Häufig kommen Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern und aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte zu spät in eine institutionelle Förderung. Es bedarf einer qualitativ guten frühen Bildung, Erziehung und Betreuung durch qualifiziertes Personal.

Meine Damen und Herren, das war ein einstimmiges Votum aller Fraktionen der 14. Wahlperiode. Ich freue mich über diese sachliche Darstellung und wünsche mir, dass wir uns an dieser Äußerung orientieren und auf dieser Grundlage eine vernünftige Kinder- und Jugendpolitik gestalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Als nächste Rednerin hat für Bündnis 90/Die Grünen Frau Asch das Wort.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Doppmeier, lieber Bernhard Tenhumberg, ich muss schon sagen: Im Wahlkampf haben wir auf einigen Podien auch zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der CDU gesessen, und ich habe im Wahlkampf sehr viele Auseinandersetzungen zum KiBiz geführt.

Von Vertreterinnen und Vertretern Ihrer Partei habe ich immer gehört, das KiBiz gehe in die Revision, und mit der Revision werde alles besser. Das war Ihre durchgängige Argumentation, wenn Sie der massiven Kritik von Trägern, der massiven Kritik von Eltern und der massiven Kritik der Erzieherinnen und Erzieher begegnen mussten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Doppmeier, insoweit kann ich nicht verstehen, dass Sie sich jetzt hier hinstellen und sagen, dadurch werde zu viel Bürokratie geschaffen, und es sei eine Überforderung der Einrichtungen, jetzt in die Evaluierung einzusteigen.

Ich glaube, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass Erzieherinnen und Erzieher sowie Eltern Sie nicht gewählt haben. Die haben Ihnen eine deutliche Quittung für die schlechten Bedingungen und die Grundlagen gegeben, die Sie mit dem KiBiz geschaffen haben. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass Sie jetzt die Möglichkeit haben, mit uns gemeinsam nachzubessern und diesem Antrag zuzustimmen, statt das auf das nächste Jahr zu verschieben. Vielmehr können Sie jetzt ein Zeichen setzen und das tun, was Sie im Wahlkampf versprochen haben, nämlich schnell in die Korrektur dieses Gesetzes einzusteigen.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächster Redner hat für die FDP Herr Hafke das Wort.

**Marcel Hafke (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Ministerin Schäfer, ich möchte damit beginnen, etwas klarzustellen, was mich doch etwas irritiert hat. Das KiBiz ist kein schlechtes Gesetz, wie Sie es dargestellt haben, sondern ein gutes Gesetz. Natürlich ist, wenn man etwas Neues auf den Weg bringt und ein System komplett ändert, nicht sofort alles Gold, was glänzt. Deswegen haben wir die Evaluierung festgeschrieben.

Aber wir halten an dem Zeitpunkt, der in dem Gesetz steht, fest; denn wir glauben, dass man einem neuen System Zeit geben muss, dass sich bestimmte Sachen erst einmal einspielen müssen und dass nicht alles von vornherein rund läuft. Ich glaube auch, man muss bei dieser Diskussion die Kirche im Dorf lassen und schauen, woher man eigentlich gekommen ist.

Als wir die Regierung übernommen haben, gab es gewisse Punkte nicht, die dann in dem Gesetz festgeschrieben worden sind. So haben wir in dem Gesetz zum Beispiel erstmalig einen Bildungsauftrag formuliert und festgeschrieben. Das war das erste Mal, und ich glaube, das war ein guter Anfang. Es ist mit Sicherheit ebenfalls richtig, dass wir die Flexibilität eingeführt haben, auch wenn das noch nicht optimal funktioniert und wir an einigen Stellen nachbessern müssen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Meines Erachtens ist einer der wichtigsten Punkte, die in dem Gesetz festgeschrieben worden sind, die Sprachförderung. Die Sprachförderung ist absolut elementar, wenn wir über Chancengerechtigkeit sprechen wollen. Unter Rot-Grün war es so, dass der Bedarf an das Vorhandensein eines Migrationshintergrundes gekoppelt war. Wir haben extra festgeschrieben, dass jeder in den Genuss von Sprachförderung kommen soll und muss, damit alle bei der Einstellung die gleichen Chancen haben.

Einer der wichtigsten Punkte, die wir des Weiteren festgeschrieben haben – wo Sie eine sehr desolante Situation hinterlassen haben –, ist meines Erachtens der Ausbau der U3-Betreuungsmöglichkeiten: Wir haben 10.000 Plätze vorgefunden; diese Zahl haben wir jetzt auf 100.000 erhöht.

Das Ganze hat natürlich auch Geld gekostet. Es musste erst einmal finanziert werden. Wir haben es ermöglicht, mehr als 54% zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Hafke, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Altenkamp zulassen?

**Marcel Hafke (FDP):** Nein danke. – Ich möchte auf einige weitere Punkte eingehen, über die wir in Zukunft noch stärker diskutieren sollten. Wenn wir über eine vernünftige Qualität bei der Kinderbetreuung nachdenken, sollten wir auch über die privaten Träger sprechen. Ich glaube auch, dass es schon wichtig ist – deswegen haben wir den Punkt auch in unserem Antrag aufgenommen –, diese mit staatlichen Trägern gleichzustellen, wenn die gleiche Qualität dahintersteht. Entsprechend sollte das auch mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.

Meine Damen und Herren, über viele Punkte muss hier noch einmal diskutiert werden. Ich glaube, dass das Gesetz im Kern richtig ist und dass es auch wichtig ist, dass wir hier über die Bildungsqualität sprechen. Dass wir in die Evaluierung einsteigen sollten, ist ebenfalls richtig, aber das sollte zu dem entsprechenden Zeitpunkt stattfinden, so wie es im Gesetz steht. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Als Nächste spricht für die Fraktion Die Linke Frau Akbayir.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Hamide Akbayir (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie meine Kollegin Dr. Carolin Butterwegge bereits richtig betont hat, ist die Situation in vielen Kindertagesstätten dramatisch und geht zulasten der Kinder sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine kurzfristige Intervention der neuen Landesregierung zur Entlastung der Personalsituation in den Einrichtungen sollte noch in diesem Kalenderjahr auf den Weg gebracht werden.

(Beifall von der LINKEN)

Es gibt verschiedene von Ministerialfachleuten zu überprüfende Möglichkeiten, die eine Gesetzesnovelle unnötig machen. Die Linke schlägt zum Beispiel einen Sonderfonds vor, der dringend benötigte Hauswirtschafts- oder Vertretungskräfte in Kindergärten finanziert. Wir bezwecken damit, die Qualität der Betreuung und Angebote greifbar und nachhaltig zu sichern.

Eine weitere Möglichkeit, meine Damen und Herren, wäre eine Richtlinienförderung, um besondere Maßnahmen zu realisieren, oder von dem Erprobungsparagrafen 25 des KiBiz Gebrauch zu machen.

Unter diesen Umständen leiden erstens die Qualität der Betreuungsangebote, zweitens das Personal, das sich sowohl um Eltern als auch um Kinder bemüht, drittens die Familien und viertens vor allem die Kinder, deren Recht auf Erziehung und Förderung beschnitten wird. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten umgehend zu verbessern. Dies kann nur durch Maßnahmen erreicht werden, die die pädagogischen Kräfte entlasten, damit sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe, der Förderung der Kinder, zuwenden können.

Wir erachten es als sinnvoll, in einer Sofortmaßnahme die größten Personalengpässe zu beseitigen und die Betreuungsqualität zu verbessern, etwa durch Einrichtung eines Sonderfonds.

Mit unserem Änderungsantrag setzen wir ein deutliches Signal, das dem erklärten Leitprinzip der Stärkung der Kinder und Familien gerecht wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von LINKEN, SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Zum Abschluss der Debatte spricht Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion.

**Britta Altenkamp** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss doch noch einige Anmerkungen machen.

Zunächst einmal zu dem Hinweis von Herrn Hafke, dass es seit dem sogenannten Kinderbildungsgesetz endlich Bildung als konkreten Auftrag in der Kita gegeben hätte: Herr Hafke, da gehen Sie nun wirklich fehl. Es hat auch im GTK – ganz klar – einen Bildungsauftrag gegeben. Aber im Unterschied zum sogenannten Kinderbildungsgesetz hat es eine verbindliche Bildungsvereinbarung mit den Trägern gegeben. Das ist der alten Landesregierung für das sogenannte Kinderbildungsgesetz nicht gelungen, sodass es ein Kinderbildungsgesetz ohne Bildung war.

Die U3-Betreuung und der -Ausbau: Ja, man kann sich auf die Schultern klopfen und sagen: Mein Gott, wir haben so viel erreicht, und wir haben so schlechte Zahlen übernommen. – Aber Sie tun immer so, als wenn Sie in eine Zeitfalle geraten wären und 2005 die Situation in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion die gleiche gewesen wäre wie heute. Das war sie nicht.

Aber eines bleibt eben auch: Der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen läuft langsamer als in allen anderen Bundesländern. Das liegt vor allem an zwei Faktoren. Zum einen liegt es daran, dass das sogenannte Kinderbildungsgesetz insgesamt unterfinanziert ist. Zum anderen haben Sie unter Schwarz-Gelb anders als andere Bundesländer die Mittel, die beim Bund aus dem KiföG zur Verfügung gestanden haben, nicht direkt an die Kommunen weitergeleitet, sondern im Landeshaushalt versickern lassen. Das ist der Grund dafür, dass der U3-Ausbau in Nordrhein-Westfalen schleppender läuft als in anderen Bundesländern

(Beifall von der SPD)

und dass die alte Landesregierung von den Kommunen beklagt worden ist, weil sie nicht in der Lage sind, unter der Gesetzgebung und der Finanzierung hier in Nordrhein-Westfalen bedarfsgerecht U3-Ausbau zu betreiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD, GRÜNEN und LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über drei Anträge ab: erstens über den grundlegenden Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, zu dem es zweitens einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke gibt, und zum Dritten über einen Entschließungsantrag der FDP. Hinsichtlich des Entschließungsantrags der FDP ist eben eine sehr differenzierte getrennte Abstimmung beantragt worden.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/52** ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte,

bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die SPD.

(Zurufe von CDU und FDP: Och!)

Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD und Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den **Antrag** von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 15/22**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Linke.

(Zurufe von CDU und FDP: Och!)

Damit ist der Antrag bei Nein-Stimmen von CDU und FDP und Enthaltung der Linken **angenommen**.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der FDP **Drucksache 15/51**. Wir stimmen über die römischen Ziffern I und II getrennt ab. Innerhalb der Ziffer II stimmen wir hinsichtlich der arabischen Ziffern noch einmal getrennt ab. Ich rufe den Entschließungsantrag auf. Wer **Abschnitt I** seine Zustimmung geben möchte, der möge die Hand heben. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist Abschnitt I **abgelehnt**.

Wir kommen zu **Abschnitt II**. Wir stimmen zuerst über die **Nr. 1** ab. Wer ihr seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle im Haus vertretenen Fraktionen. Damit ist Ziffer II **Nr. 1 angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über **Abschnitt II Nr. 2**. Wer zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist die Ziffer II **Nr. 2 abgelehnt**.

Wir können, meine ich, gemeinsam über **Abschnitt II Nrn. 3 und 4** abstimmen. Wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt, tun wir das so. – Wer Nr. 3 und Nr. 4 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle im Haus vertretenen Fraktionen. Damit sind die ...

(Unruhe)

– Nicht? – Doch, es waren alle.

(Beifall von SPD, GRÜNEN, LINKEN und Minister Johannes Remmel)

Damit sind Ziffer II Nrn. 3 und 4 **angenommen**.

Wir kommen jetzt zur GesamtAbstimmung.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen noch eine GesamtAbstimmung. – Wir kommen zur Ge-

samtAbstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 15/51**. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Damit ist in der differenzierten Art und Weise in der GesamtAbstimmung der Entschließungsantrag **angenommen** worden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit kann ich den Tagesordnungspunkt 2 schließen.

(Unruhe)

– Ich weiß, Sie freuen sich darüber, dass wir ein so differenziertes Abstimmungsverhalten haben. Diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die den Saal verlassen müssen, mögen das bitte etwas ruhiger tun, damit die übrigen der Tagesordnung folgen können.

Ich rufe auf:

### 3 Nordrhein-Westfalen muss Aufsteigerland bleiben – Reformfolge der letzten fünf Jahre bewahren

Eilantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/39

Entschließungsantrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/53

Dieser Eilantrag wurde fristgerecht eingebracht.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Laschet das Wort.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

**Armin Laschet** (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! SPD und Grüne wollen mit ihrem Koalitionsvertrag neue Wege gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander. Normalerweise gibt man einer Regierung 100 Tage lang Zeit, um zu beweisen, was sie denn wirklich kann. Aber wir haben eine besondere Situation. Sie haben am gestrigen Tag gleich mit mehreren Anträgen zeigen wollen, was Sie können. Bei einem Ihrer Kernwahlversprechen aus dem Wahlkampf, nämlich die Abschaffung der Studiengebühren, haben Sie erst gesagt: Bitte ganz schnell entscheiden. Dann haben Sie gemerkt, dass man das auch finanzieren muss, und dann haben Sie sich mit Geschäftsordnungstricks und mit Hilfe der Linken in die Ausschüsse gerettet. Das sind nicht neue Wege, das sind alte Wege.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Presse hat das auch gleich wahrgenommen: Linke bereitet Kraft erste Schlappe. – Erste Pleite für Hannelore Kraft. – Rot-Grün ausgebremst auf den ersten Metern. – Selbst „Spiegel online“ sagte: „Oje statt Oha“.

So schlecht hat noch keine Regierung in Nordrhein-Westfalen begonnen wie Sie am gestrigen Tag.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen das nach dem Motto: Wir tricksen uns hier durch. Wir verschieben in die Ausschüsse. Wir spekulieren darauf, dass Die Linke sich enthält. – Das ist schon bei der Wahl der Ministerpräsidentin so gewesen, und das wollen Sie anscheinend auch bei der Sacharbeit so fortsetzen. Nur, eines können wir Ihnen berichten: Alles kommt wieder. Das, was Sie jetzt in die Ausschüsse verweisen, wird nach den Ferien wieder hier auf dem Tisch liegen. Vielleicht beginnen Sie nach den Ferien einmal, eine Position zu formulieren, statt darauf zu spekulieren, dass Sie das Ganze vertagen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben einen Kernunterschied im Vergleich zur Vorgänger-Landesregierung zur Maxime gemacht. Wir sind hier mit vielen neuen Ideen gestartet. Darüber kann man dann politisch streiten – die Regierung sagt Ja und die Opposition sagt Nein. Wir hatten die Idee: beste Studienbedingungen an den Hochschulen, ein Hochschulfreiheitsgesetz. Wir hatten die Idee: Ausbau der frühkindlichen Bildung. Wir hatten die Idee, Familienzentren zu schaffen. Wir hatten die Idee, der Integrationspolitik einen Schub zu geben. Wir hatten die Idee: Abbau des Unterrichtsausfalls an unseren Schulen.

(Zuruf von der SPD: Und Sie sind abgewählt worden!)

– Herr Kollege, wir sprechen gerade über das Prinzip. Über die politischen Inhalte kann man ja streiten, aber das Prinzip hatte klare Ideen.

(Thomas Stotko [SPD]: Die Bürger haben entschieden! – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Kollegin Asch: neue Ideen mit weniger Schulden. Das war unsere Grundidee.

(Beifall von CDU und FDP)

Das, was Sie jetzt machen, ist: alte Ideen mit neuen Schulden.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie machen nahtlos da weiter, wo Sie 2005 aufgehört haben, als Sie abgewählt wurden. Man könnte ja erwarten: Wenn man eine neue Regierung bildet, startet man mit neuen Ideen. Sie wickeln lediglich das ab, was in den letzten fünf Jahren passiert ist – das kann man machen –, aber kein Mensch nimmt das als neue Idee wahr, und die Leute ärgern sich